

Internationale Verhandlungen setzen die Anerkennung des Völkerrechts voraus!

Von Dr. SIEGFRIED BOCK, Leiter der Abt. Rechts- und Vertragswesen
und Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten

Alle Völker blickten mit großen Erwartungen nach Paris und erhofften von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs positive Ergebnisse, Schritte auf dem Wege zur Überwindung des kalten Krieges. Die Sowjetunion hatte in jahrelangen Bemühungen, unterstützt von den Friedenskräften in der ganzen Welt, eine Vereinbarung über die Einberufung einer Gipfelkonferenz herbeigeführt. Es ist nützlich, angesichts der jetzt von westlicher Seite aufgestellten Behauptung, die Sowjetunion habe die Gipfelkonferenz verhindert, sich dieser Tatsache zu erinnern. Bekanntlich waren die Regierungen der drei Westmächte lange Zeit nicht bereit, dem sowjetischen Vorschlag zu entsprechen und an einem solchen Treffen teilzunehmen. Aber die Entwicklung in den letzten Jahren und Monaten, insbesondere die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der gesamten friedliebenden Kräfte sowie der Druck der eigenen Völker zwangen sie, offiziell dem Stattfinden einer Gipfelkonferenz zuzustimmen.

Die Verhältnisse in der Welt gestatten es den Imperialisten heute nicht mehr, den Willen der Völker offen zu mißachten. Daß ihre Zustimmung zur Gipfelkonferenz jedoch nicht gleichzusetzen ist mit der Bereitschaft, ehrlich zur internationalen Entspannung beizutragen, hat der Ablauf der letzten Tage bewiesen. Während der amerikanische Präsident Eisenhower in Worten die Gipfelkonferenz begrüßte, waren seine Handlungen auf die Fortsetzung des kalten Krieges gerichtet. Das läßt keinen anderen Schluß zu, als daß es ihm nicht um eine ernsthafte Lösung der wichtigsten internationalen Probleme ging, sondern vielmehr darum, die Konferenz als Schirm zu benutzen, hinter dem er und seine Kreise ihre wahre Haltung zu verbergen gedachten. Das Schlagwort der Republikanischen Partei der USA, sie sei die Partei des Friedens, ist — wie ein demokratischer Senator erklärte — zusammen mit dem Piloten Powers abgeschossen worden¹.

Die Verhandlungen von Camp David und die dabei erzielten Ergebnisse ließen hoffen, daß auch unter den herrschenden Kreisen in den USA die Einsicht immer mehr an Boden gewinnt, daß die Fortsetzung der Politik der Stärke für sie zu nichts Gutem führen kann. Es gibt heute nur noch zwei Alternativen in den Auseinandersetzungen zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System im Weltmaßstab: entweder auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz miteinander darüber zu wetteifern, welches System sich als das bessere erweisen wird, oder diese Frage in einem mörderischen Atomkrieg endgültig zu entscheiden. Aus dieser Situation und aus der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ergibt sich, daß die friedliche Koexistenz

eine objektive Notwendigkeit ist. Wenn diese objektive Notwendigkeit auf die Dauer ignoriert und die Welt in einen neuen Krieg getrieben wird, würde das für die Aggressoren verheerende Folgen haben.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sind heute die Grundlage für alle Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlichem gesellschaftlichem System. Demzufolge müssen sie auch und gerade die Basis von Verhandlungen sein, an denen sowohl kapitalistische als auch sozialistische Staaten beteiligt sind. Wer diese Basis an tastet und zerstört, der macht damit das Verhandeln überhaupt unmöglich. Das gilt natürlich in erster Linie für eine Gipfelkonferenz.

Sicherlich hat niemand, der die Lage und die Schwierigkeiten, die einer Lösung der komplizierten internationalen Fragen im Wege stehen, richtig einschätzt, erwartet, daß die Gipfelkonferenz mit einem Schlage alle oder auch nur die wichtigsten offenen internationalen Probleme lösen könne. Aber es bestand zumindest die berechtigte Hoffnung, daß alle Teilnehmer unter Achtung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sich bemühen werden, Schritt für Schritt voranzukommen. Die Völker sind in diesen Hoffnungen enttäuscht worden.

In den USA haben die Kräfte die Oberhand gewonnen, die die Fortsetzung des kalten Krieges betreiben. Dafür gibt es in den letzten Wochen nicht wenige Anzeichen. Die Reden des USA-Außenministers Herter vom 4. April und seines Stellvertreters Dillon vom 20. April waren völlig im Ton des kalten Krieges gehalten. Vor wenigen Tagen gab die USA-Regierung plötzlich bekannt, daß die USA die Atomwaffenversuche wieder aufnehmen werden. Das geschah zur gleichen Zeit, da in Genf über die völlige Einstellung der Kernwaffenversuche verhandelt wird. Die von den USA in dieser Frage und auf dieser Konferenz eingenommene Haltung brachte einer der bedeutendsten amerikanischen Atomwissenschaftler, Prof. B e t h e , in einer Rede am 25. April wie folgt zum Ausdruck:

„Die Russen haben den Eindruck erhalten — und mit Recht, glaube ich — daß immer, wenn eine Forderung erfüllt wurde, wir eine andere stellen ... Ich glaube, sie erhalten zunehmend den Eindruck, daß es jetzt unmöglich ist, mit uns zu verhandeln, daß es unmöglich ist, ein Abkommen zu erreichen ... ?

Sicherlich braucht diesen Worten eines Amerikaners, der ja schließlich über die Politik seiner Regierung informiert sein muß, nichts hinzugefügt werden. Sie bringen klar das Ziel und die Taktik der Politik der gegenwärtigen USA-Regierung zum Ausdruck. Wenn es noch eines Beweises für diese Politik des doppelten Bodens bedurfte hätte, so hat ihn das Eindringen eines USA-Spionageflugzeuges am 1. Mai dieses Jahres in den Luftraum der Sowjetunion erbracht. Bekanntlich drang die-

¹ Die Welt, Ausg. B, vom 18. Mai 1960, S. 2.

² Die Welt, Ausg. B, vom 18. Mai 1960, S. 5.